- kritisches, überparteiliches Campusmagazin -

des Friedrichs Wilhelm

Zeitschrift für alle Klassen und Fakultäten

No. 50
15.06.19

EU-Wahl

Rückblick auf eine »Schicksalswahl«

Frauenrechte

Zwischen Recht und Entrechtung in der EU

Kontrovers

Eine Auseinandersetzung mit Diskursverweigerung

AStA Universität Bonn

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Die letzte Ausgabe des Friedrichs Wilhelm hat uns gezeigt, dass wir zu unserem Glück eine sehr aufmerksame Leser*innenschaft haben. Ob der kontroversen Themen erreichten uns viele Zuschriften, die zwar lobten, vor allem aber politische Einseitigkeit kritisierten. Viele, so scheint es, hätten sich die letzte Ausgabe pluralistischer gewünscht. Diese Ausgabe holen wir uns den Pluralismus dank eines Gastartikels als Reaktion von außen auf die letzte Ausgabe in die Zeitschrift. Doch auch in dieser Ausgabe geht es hoffentlich kontrovers genug weiter, um ausreichend Material für hitzige Diskussionen zu liefern. Thema ist diesmal vor allem Europa. Es erwarten euch ein Rückblick auf die Europawahl, ein kritischer Blick auf den Umgang mit Frauenrechten in der EU und ein Essay über Europa als fantasierte Nation. Außerdem könnt ihr euch über eine Review zur letzten Staffel von Game of Thrones freuen. Im Internet scheint deren Bewertung ja weitestgehend unkontrovers gewesen zu sein.

Viel Spaß beim Lesen!

Clemens Uhing

In dieser Ausgabe:

Politik — **Analyse zur EU-Wahl** — Rückblick auf eine "Schicksalswahl" — 3

Politik — **Kommentar zu Wahlwerbung** — Inhaltsvermittlung statt Manipulation. — 5

Politik — **Frauenrechte in der EU** — Kaum Schritte vorwärts. — 6

Politik — **Fantasierte Nation** — EU-Affirmation als europäischer Nationalismus — 9

Stadt — **House of Horror** — Über Diskriminierung im Theater — 10

Universität — **Pflicht zu Wiedersprechen** — Über den öffentlichen Diskurs und vermeintliche Grenzen — 12

Impressum

Redaktion:

Ronny Bittner,
Melina Duncklenberg,
Pia Gruse,
Lea Hennrich,
Samuel F. Johanns,
Laura Meyer,
Milan Nellen,
Julia Pelger,
Clara Schulz,
Hendrik Schönenberg,
Clemens Uhing

V.i.S.d.P.:

Lena Engel
Vorsitz | AStA der Universität Bonn

Kontakt: fw@asta.uni-bonn.de

www.asta-bonn.de
facebook.com/AStA.UniBonn

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die nächste Ausgabe des Friedrichs Wilhelm erscheint am

01. Juli 2019

Der Vorhang zu und alle Fragen offen?

Eine Analyse der Wahl zum europäischen Parlament

von Hendrik Schönenberg

Sonntag, 26. Mai 2019. 18:00 Uhr. Farbige Balken schnellen auf Bildschirmen in ganz Deutschland in die Höhe, Prozentzahlen stellen den Willen von Millionen Wählern dar, die heute an der Urne ihre Stimme abgaben. In kaum einer anderen Situation dürfte eine Statistik so extreme Reaktionen hervorrufen wie bei einer Wahl. Jubelrufe und Champagnerduschen auf der einen Seite, deprimierte Mienen und feuchte Augen auf der anderen.

Eine der größten Parlamentswahlen der Welt geht zu Ende. Ganz Europa hat gewählt. Bei kaum einer anderen Wahl, schon gar nicht bei einer Europawahl, wurde im Vorfeld so heftig die Werbetrommel gerührt wie bei dieser so getauften „Schicksalswahl". Was drücken diese Zahlen also aus?

Die Wahl in Deutschland:

Bundesweit hat sich wieder das bestätigt, was bei eigentlich jeder Wahl, völlig egal auf welcher Ebene, in den letzten Monaten dominierte: Die Volksparteien werden abgestraft, die kleineren Parteien profitieren. So haben auch im Europäischen Parlament CDU und SPD massiv Stimmen eingebüßt, die SPD mit einem desaströsen Ergebnis von nur 15% ist sogar nur noch drittstärkste Kraft.

„Die Krise der Sozialdemokratie", so sind bereits Seminare in der Politikwissenschaft an unserer Uni überschrieben. Angesichts der neuesten Zahlen jedoch könnte man schon fast vom Untergang der Sozialdemokratie sprechen, und das trotz der passend ausgewählten Spitzenkandidatin Katarina Barley. Aber die SPD hat im Moment einen Problemberg vor sich liegen, der inzwischen größer ist als sie selbst. Im Vergleich zu den Grünen fehlt ihr sympathisches, kompetentes und junges Spitzenpersonal, durch die Regierung mit Merkel wird sie quasi zu Tode umarmt. Ihre durchaus vorzeigbaren Erfolge, wie das Baukindergeld oder das Gute-Kita-Gesetz, werden durch die Wahlbevölkerung nicht entsprechend gewürdigt. Man gewinnt den Eindruck, sie kann machen, was sie will, die Abwärtsspirale setzt sich unaufhörlich weiter fort. Eine Regierung, die nicht von der CDU getragen wird, die im linken Lager anzusiedeln ist, ist jedoch auch langfristig nur mit der SPD möglich.

Im Gegensatz zur SPD, die aus dem Kontinent auch ein soziales Europa machen wollte, hatte die Union jedoch noch nicht mal eine Vision für die Zukunft. Dass sie noch einigermaßen glimpflich davongekommen ist, liegt nur an ihrer Wählerklientel, welches meistens treu und brav seit 30 Jahren ihr Kreuz bei der CDU macht. Frei nach dem Motto: Haben wir immer so gemacht! Andere Wählerschichten laufen der Partei unterdessen regelrecht davon. Der Vorstoß um die Upload-Filter hat sie bei den jungen Wählern nicht gerade beliebt gemacht. Der Vorwurf an die Jugendorganisation der Partei, die „Junge Union", durch ihre Rechtsverschiebung würde sie junge Menschen abschrecken, zeigt, dass trotz aller Beschwörungen und Fokussierungen auf die Jugend die CDU ihr Altersproblem nicht gelöst bekommt. Dem berüchtigten Rezo-Video hatte die Union nichts entgegenzusetzen. Sie ist und bleibt in der Wahrnehmung der Jungen die Partei der alten Leute.

Nicht ohne Grund werden deshalb Rufe nach einem Rücktritt der beiden Parteispitzen lauter. AKKs Aussagen zur YouTube-Debatte werden innerhalb und außerhalb der Partei breit diskutiert, während Nahles bereits für Fraktions- und Parteivorsitz geräumt hat. Wer nun die Partei führen wird, ist ungewiss.

Dass ehemalige Volksparteien so stark verloren haben, liegt allerdings auch an den Themen, die diesen Wahlkampf dominierten. Beim Thema Umwelt- und Klimaschutz haben die seit Jahren regierenden Parteien keinen kompetenten Eindruck gemacht. Während die CDU den Kohleausstieg noch möglichst weit weg schiebt, hadert die SPD mit der sozialen Verträglichkeit der Energiewende. Den Grünen gelang es hier, sich konsequent als Gegenpol zu inszenieren. Ihre Positionen wirken genauso glaubhaft wie entschlossen. Der Union ist in Sachen Klima das Vertrauen abhandengekommen, während die FDP sich für den Emissionshandel und euphemistisch ausgedrückt die „Öffnung für neue

Technologien“ ausspricht. SPD und Linke konnten den Grünen ebenso nicht das Wasser reichen. Warum den Abklatsch wählen, wenn es auch das Original gibt? Allerdings tragen die Grünen im Bund auch keine Regierungsverantwortung, sie konnten dort also nicht viel falsch machen. Das aktuelle Momentum und die „Fridays for future“-Bewegung haben die Grünen auf einer Welle nach oben getragen. Als zweitstärkste Kraft mit nun 20% sind sie auf dem Weg zur neuen Volkspartei.

Bei dem zweiten großen Thema der Wahl, der Digitalisierung, konnten CDU und SPD ebenso wenig überzeugen. Die FDP, für die das ein gefundenes Fressen sein sollte, blieb mit circa 5% jedoch auch weit hinter ihren Zielen zurück. Das hindert sie jedoch nicht daran, sich trotzdem als „Wahlgewinner“ zu bezeichnen, da die liberale Fraktion im EU-Parlament „ALDE“ sicher zu den Gewinnern dieser Wahl gehört- wenn auch nicht wegen der FDP, sondern vor allem wegen Macrons „En Marche“.

Mit dem dritten großen Thema, der Migration, konnten ebenfalls vor allem kleinere Parteien punkten, zuvorderst jene am rechten Rand. Die AfD legte wie erwartet zu, allerdings bei Weitem nicht so stark, wie von ihnen erhofft oder prognostiziert. Bedenklich sind ihre Zugewinne dabei vor allem im Osten. In Brandenburg und Sachsen, wo ausgerechnet die nächsten Landtagswahlen stattfinden, wurde die Alternative für Deutschland stärkste Kraft. Im Gegensatz zu den westlichen Bundesländern wird hier das Migrationsthema als viel bedrohlicher als die Klimaveränderung wahrgenommen, weshalb die AfD so stark punkten konnte. Hinzu kommt noch, dass es sich bei der Europawahl um eine klassische Denkzettelwahl handelt, bei der „nicht viel riskiert wird“, die Etablierten aber abgestraft werden können. Trotz allem zeigte sich die Spitze der AfD nach Bekanntgabe des Ergebnisses in sehr aufgeräumter Stimmung. Meuthen verkündete, er sei zuversichtlich, was die Arbeit im europäischen Parlament anginge. Seine Partei vertrete schließlich vernünftige Positionen.

Nicht zuletzt legten auch die kleineren Parteien enorm zu. Die durchweg eher linken Parteien, die es ins Parlament geschafft haben, haben es den großen schwer gemacht, bei den jungen Wählern und Wähler*innen viele Stimmen zu holen. Gerade bei den unteren Altersstufen liegen „Volt“ oder „Die Partei“ hoch im Kurs. Die fehlende 5%-Hürde tut dabei ihr übriges.

Die Wahl in Europa:

In anderen europäischen Ländern sieht es allerdings nicht so rosig aus. In Frankreich wird der „Rassemblement National“ noch vor Macrons Partei stärkste Kraft. Im Vereinigten Königreich verbannt die „Brexit-Partei“ die Konservativen und Sozialdemokraten für ihr Entscheidungschaos rund um den Brexit auf die hinteren Plätze, während in Italien Salvinis „Lega Nord“ ebenfalls als deutlicher Wahlsieger hervorgeht. Die konservative PIS errang in Polen etwa 45%, während Orbans „Fidesz“ in Ungarn die 50% erreichte. Im europäischen Parlament werden einige Ultrakonservative und Rechtspopulisten mehr sitzen als im letzten. Nicht nur deshalb werden die anderen Parteien verstärkt zusammenarbeiten müssen. Mit notorischen Dagegenparteien ist es schwer, konstruktiv zu arbeiten.

Fraglich ist nun, welche Fraktion den Kommissionspräsidenten stellen wird. Weder die konservative noch die sozialdemokratische Fraktion haben eine ausreichende Mehrheit, und die Liberalen erheben ebenfalls Anspruch auf den Posten. Manfred Weber als Spitzenkandidat der stärksten Fraktion hätte die besten Chancen, allerdings hat die Grünenfraktion bereits signalisiert, dass sie einen progressiveren Kandidaten, wie den Sozialdemokraten Timmermanns, unterstützen wollen. Der Kommissionspräsident benötigt jedoch ebenso eine Mehrheit im Rat der europäischen Regierungschefs. Sollte sich Merkel dort nicht stark für Weber einsetzen, sind seine Chancen eher gering.

Eine positive Nachricht jedoch ist die Wahlbeteiligung, die in Deutschland und ganz Europa angestiegen ist. Es hat sich gezeigt, dass sehr viele Menschen sich für Europa interessieren und weiter auf die Europäische Union setzen. Die „Liberal Democrats“ haben in Großbritannien mit ihrem dezidierten pro-europäischen Kurs die großen Parteien weit hinter sich gelassen. In den meisten Ländern liegen diese Kräfte vorne. Dass mehr rechte Parteien im Parlament sitzen, kann auch als Chance begriffen werden, als Chance nämlich über Länder-, Parteien-, und Fraktionsgrenzen mehr zusammenzuarbeiten und zu gestalten. Nicht nur wegen der Schwäche der großen Fraktionen wird dies nun möglich und nötig. Dass die meisten Rechtspopulisten den Austritt aus der EU aus ihrem Programm gestrichen haben, zeigt, dass an der Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit kaum einer zweifelt. Wie diese aussehen muss, das ist jetzt die Frage.

◀

Wahlwerbespots

Dass die klassische Werbung auf Emotionen, Beeinflussung und Visuelles setzt, ist nichts Neues. Wahlwerbespots sollten den Zuschauer allerdings mit etwas mehr als nur einem Gefühl hinterlassen.

von Clara A. Schulz

Die Europawahl ist vorbei, die Statistiken analysiert und die Wahlwerbespots sind nicht mehr von Interesse. Spots, die mehr oder minder zu den Ergebnissen beigetragen haben. Aber dennoch ist Wahlwerbung von Bedeutung. Wie schon in dem Begriff enthalten, sind Spots, Plakate, Tweets und sogar Instagramposts nichts weiter als Werbung. Werbung für die Partei, Petitionen um Beschlüsse abzusegnen oder für eine bestimmte Ideologie.

Doch wie weit sollte Wahlwerbung gehen? Was Werbung tun möchte, ist ganz klar: Die Zielgruppe soll angesprochen und generiert werden, das Unternehmen zu unterstützen. Anders als bei der normalen Werbung geht es bei der Wahlwerbung nicht um Käufer*innen und Käufer. die sich konsumorientiert für ein Produkt entscheiden, sondern um Bürger*innen und Bürger, die ihre politische Zukunft mitbestimmen. Demnach sollte anders als in der Werbung nicht verschleiert, beschönigt oder weggelassen werden. Wahlspots, wie der der SPD für die Europawahl 2019, haben eine gewaltige Botschaft: „Wir sind vereint, gemeinsam können wir das schaffen. Und das müssen wir zusammen bewahren.

Eine schöne Botschaft, die bewusst auf die Emotionen des Zuschauers abzielt: Bilder von Paaren, lachenden Kindern und Menschen von jung bis alt, gemischt mit epischer Musik erzeugen ein Gefühl von Gemeinschaft. Der Spot aber bleibt unspezifisch dahingehend, wie z. B. ein gemeinsames Europa verwirklicht werden soll. Natürlich kann man sich das Wahlprogramm ansehen, um diese Fragen zu beantworten, aber wer liest sich alle Inhaltstoffe durch, nachdem er die Snickers Werbung mit dem „catchy“ Slogan gesehen hat? Auch wenn der Vergleich recht polemisch klingt, ist das dennoch das Problem: Menschen, die nicht auf dem neuesten Stand sind oder sich schlichtweg nicht für Politik interessieren, werden sich wahrscheinlich eher einen kurzen Spot angucken statt das ganze Wahlprogramm durchzulesen. Die AGB's der Politik werden links liegen gelassen für das kleine blaue Häkchen, das den lästigen langen Text schnell vom Bildschirm verschwinden lässt. Das alles heißt nicht, dass das Video der SPD, CDU, der Grünen oder jeder anderen Partei schlecht wäre bzw. eine schlechte Botschaft hätte. Das große „Aber“ steht allerdings vor der Frage: weshalb ist ein Spot der AfD transparenter mit ihren Vorhaben? Der kleine moderne Clip, der schön vor babyblauem Hintergrund animiert ist, liest sich bereits sehr klar. „Das Wahlprogramm der AfD in 99 Sekunden“. Ohne den Inhalt zu kommentieren, lässt sich doch nach dem Video sagen, was die AfD möchte. Die so spritzige, niedliche Aufmachung ist hier viel eher zu kritisieren. Alles an dieser suggeriert, dass sie zwar gerne ihr Wahlprogramm vor den Wählern und Wähler*innen, aber bitte mit etwas Zuckerwatte und nettem blonden Winkemännchen. Da es niemanden weiterbringt, nur Kritik an Inhalt und Aufmachung zu üben, bevorzuge ich es, wieder auf die ursprüngliche Frage zurückzukommen. Was sollten Wahlwerbespots leisten und wie sollten sie sich von normaler Werbung unterscheiden?

> »Im Grunde würde gut verpackte Transparenz helfen.«

Im Grunde würde gut verpackte Transparenz helfen. Es ist unwahrscheinlich, dass die Marketing-Strategien weggepackt werden und irgendwo verstauben. Aber ein Anfang wären Spots, nach denen man sich wirklich eine Meinung bilden könnte, ohne dass das Visuelle oder die „nette“ Botschaft den Betrachter uninformiert zurücklassen. Denn „nett“ und „informiert“ sind zwei fundamental unterschiedliche Begriffe. Bei politischer und konsumorientierter Werbung sollte das genauso sein. ◄

Frauenrechte in der EU

zwischen Rechten und Entrechtung

von Pia Gruse

Die Europäische Union hat mit einer erstarkenden Rechten vieler Mitgliedsstaaten zu kämpfen. Das Resultat sind reaktionäre Kurse in den Bereichen der Grenz- und Asylpolitik, aber auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik drohen unter rechtskonservativen Regierungen Rückschritte. Polen und Ungarn dienen dabei als Paradebeispiel, wie sich eine reaktionäre, populistische Regierungsmehrheit auf Frauen auswirken kann und wird.

Ein gefährlicher Trend

Auch in vielen weiteren Europäischen Staaten werden vermehrt schon überwunden gewähnte Themen von rechtskonservativen Parteien aufgewärmt und neu verhandelt – mit einem klar gegen Frauen gerichteten Kurs. So werden in Österreich Gelder für Frauenhäuser und Frauen Hilfsorganisationen enorm gekürzt oder gestrichen, während gleichzeitig die erkämpften Abtreibungsrechte immer wieder angegriffen werden. In Malta sind Abtreibungen unter allen Umständen verboten; selbst wenn das Leben der Frau in Gefahr ist. Inzwischen steht die „Pille danach“ in Polen und Ungarn Frauen nur noch mit ärztlichen Rezept zur Verfügung. Ein Abtreibungsstop konnte in Polen nur durch geschlossen solidarische Auftreten der Frauen am sogenannten schwarzen Montag verhindert werden. Die ein konservativ-christliches Familienbild propagierende Regierung verfolgt mit der Einstellung von Projekten, die künstliche Befruchtung fördern, einen restriktiven Kurs, nachdem es Frauen zunehmend schwerer gemacht wird zu bestimmen wann, ob und wie sie gebären möchten.

Der Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungen sind solide Indikatoren für eine frauenfreundliche Politik. In Ländern mit erstarkenden rechten Kräften werden meist schnell die reproduktiven Rechte der Frau eingeschränkt. Kontrolle über das gebären der nachfolgenden Generation liegt im Interesse eines strukturell Frauen unterdrückenden Systems. Das Bestreben, Frauen von der Erwerbstätigkeit zu lösen und an stelle dessen zur Ganztagsmutter zu machen, ist ein weiterer Schritt in Richtung einer entmündigten Frau. Die „Herdprämie“ in Deutschland zum Beispiel zielt aktiv darauf ab die Frau zu der Erziehung zu Hause zu bewegen, anstatt das Kind im Kindergarten anzumelden und erwerbstätig zu bleiben. Jede Frau sollte das Recht und die Möglichkeit haben sich aktiv für oder gegen die Zeit zu Hause mit dem Kind zu entscheiden.

»Der Frauenanteil im Europäischen Parlament wächst zwar stetig, aber langsam.«

»Was Frauen in der EU bleibt ist ein offensiver Kampf um die verbleibenden und angegriffenen Rechte.«

Wackeliges Durchsetzungsvermögen

Welche Möglichkeiten hat die EU in diese doch recht eindeutig mit Europäischen Recht kollidierenden Gesetzte konkret einzugreifen und verbindliche Vorgaben zu machen? Und besteht die Gefahr eines nach rechts driftenden Diskursen in frauenpolitischen Debatten?

Die EU hat durchaus die Befugnis Ziele zu setzen und bei deren Nichteinhaltung sanktionierend einzugreifen. So hat Deutschland das „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) vier Antidiskriminierungsrichtlinien der EU zu verdanken. Ziel des Gesetzes ist – verkürzt – Diskriminierung sexistischer oder rassistischer Form abzuschaffen oder zumindest zu verhindern. Werden die Gesetze und Vorgaben nicht eingehalten wird mit Mahnungen und Geldstrafen gedroht. Im Extremfall kann der betroffene Mitgliedsstaat bis vor den Europäischen Gerichtshof geführt werden. Auch dort kann aber oft nur eine Geldstrafe verhängt werden.

In einigen Bereichen ist die Gleichstellungspolitik der EU überraschend fortschrittlich, während in Anderen die Kompetenzen der EU versagen. Die „Home Issues“ (Heimangelegenheiten) sind für die Union unantastbar, sollten selbige auch mit europäischen Recht in Konflikt stehen. Dazu gehören viele Bereiche der Familiengesetze, die als dem an Traditionen gebundenen Gesetzesteil zugeordnet werden. So kann weder in das Ehegattensplitting in Deutschland, noch in die extrem restriktiven Abtreibungsgesetze in beispielsweise Malta oder Irland eingegriffen werden. In diesen Fällen kann die EU nicht aktiv handeln, sondern lediglich indirekt Druck ausüben. Oftmals bleibt auf diese Positionierungen von Seiten der EU aber die gewünschte Reaktion aus. So wurde beispielsweise das Ehegattensplitting als Zementierung von geschlechtsbedingter Ungleichheit benannt, bleibt aber weiterhin bestehen. Des weiteren können „Soft Laws“ eingeführt werden, die die Staaten öffentlich zur Schau stellen, sollten sie sich weigern selbigen folge zu leisten. Soft Laws sind unverbindliche Übereinkünfte, die Mitgliedsstaaten sind nicht verpflichtet sich an diese zu halten. Es handelt sich vielmehr um eine lockere Selbstbindung. Ein Konzept das zu häufig nicht funktioniert, da keine tatsächlichen Konsequenzen entstehen und lediglich öffentlicher Druck ohne finanzielle Konsequenz ausgeübt wird.

Die mangelnden Kompetenzen der Union sich gegenüber der Mitgliedsstaaten durchzusetzen, ist nur eine der Problematiken, die unter anderen das Frauenrecht belangend. Im EU Parlament sitzen seit jeher rechtskonservative Kräfte, die mithilfe anhaltender Provokationen den Diskurs und das Sagbare merklich nach rechts verschieben. Europaparlamentangehöriger Janusz Korwin-Mikke löste zu seiner Amtszeit von 2014-2019 mehrerer Kontroversen aus, die allesamt

nicht zu längerfristigen Konsequenzen führten. Selbst nach seinem sexistischen Redebeitrag, in dem er behauptete Frauen müssten weniger verdienen, weil „sie schwächer, kleiner und weniger intelligent“ als Männer seien, wurde er lediglich für 10 Tage suspendiert und sein Lohn für 30 Tage eingezogen. Korwin klagte erfolgreich gegen diese Sanktionierung.

Frauen im Europäischen Parlament

Der Frauenanteil im Europäischen Parlament wächst zwar stetig, aber langsam. Nur um einen knappen Prozentpunkt – von 35,5 Prozent auf 36,4 Prozent – vergrößerte sich der dieser 2014 im Verhältnis zur vorherigen Legislaturperiode. Ein noch immer zu kleiner Gegenpol der rechten Mehrheit gegenüber, die Frauenrechte nachhaltig beschneiden möchte. Frauen aus rechtskonservativen oder populistischen Parteien oder Fraktionen stellen zwar nur einen kleinen Teil des gesamten Frauenanteils des Europaparlaments, signalisiert aber die Akzeptanz sexistischer Partei- und Fraktionspolitik auf Seiten der Frau. Ein rechtes Parlament kann reaktionäre Strömungen der Mitgliedsstaaten unterstützen und im schlimmsten Fall fortschrittlichere Mitgliedsstaaten auf konservativere Kurse drängen. Dabei eine den Kurs unterstützende Quotenfrau vorzuschieben, ist eine, wenn auch durchschaubare, gefährliche Strategie um unter dem Mantel vermeidlicher Sorge um die Frau in Zeiten der „Flüchtlingswelle“ restriktive Gesetze zu erlassen.

Was Frauen in der EU bleibt ist ein offensiver Kampf um die verbleibenden und angegriffenen Rechte. Denn wenn es auch so scheinen mag, als würde der restriktive Kurs überhand nehmen, gibt es doch Bestrebungen Frauen weiter zu emanzipieren und gesellschaftlich abseits von altbackenen Familienbildern teilhaben zu lassen. So hat #metoo eine große, öffentliche Debatte losgetreten, die auch im Europäischen Parlament diskutiert wurde. Das Ergebnis war ernüchternd, hat aber Aufmerksamkeit auf sexuelle Belästigung und Sexismus im Europa Parlament selbst gelenkt. Was zunächst als einfacher Blog einer Einzelperson zur Dokumentation sexueller Übergriffe und Gewalt innerhalb des Parlaments begonnen hat, wurde schnell zu einem Sammelsurium misogyner Alltagserlebnisse Europaabgeordneter. Daraus resultierte am 3. Oktober 2018 ein neues Maßnahmenpaket für den Beratungsausschuss gegen Belästigung. Dazu gehört ein weiterer Assistent und ein breiteres Handlungsreportaire des Ausschusses. Der Ausschuss bestehend aus sechs Mitgliedern ist mit dem Schutz von von Sexismus betroffenen Frauen beauftragt. Jeanne Pointe, Urheberin des Blogs, ist selbst der Meinung, dass die vom EP ergriffenen Maßnahmen nicht genügen, um den Sexismus innerhalb des Paraments zu bekämpfen; unter anderen weil viele den öffentlich sprechenden Frauen vorwerfen das Parlament im schlechtem Licht erscheinen zu lassen und sich wenig engagiert zeigen, den sexistischen, strukturellen Problemen entgegen zu arbeiten.

Trotzdem haben die Frauen im EP dazu beigetragen, das Thema sexuelle Belästigung in politischen Institutionen sichtbarer werden zu lassen und damit gezeigt, dass ein Frauenanteil von unter 40 Prozent noch lange nicht genug ist, um Gleichberechtigung ein stetig im Parlament diskutierten und aufgegriffenen Tagespunkt werden zu lassen.

Eine gesamteuropäische Linie

Auf der Europäischen Eben fehlt oft ein frauenpolitischer Konsens, der dem Parlament einen eindeutigen, fortschrittlichen frauenpolitischen Kurs ermöglichen würde. Zum einen wird nur selten eine größere Debatte, wie im Fall vom #metoo ausgelöst, zum anderen steht die große Differenz zischen den einzelnen Mitgliedstaaten einem gesamteuropäischen Kurs im Weg. So indiziert der Gender Inequality Index (GII) die Schweiz, Dänemark und Finnland als Vorreiter in Sachen Geschlechtergerechtigkeit, während Griechenland und Ungarn die Schlusslichter bilden. Der GII misst die geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit anhand von sechs Kerndomainen – Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Der Index ist nicht unfehlbar, bietet aber einen guten Gesamteindruck über die Verhältnisse in der EU.

Eine gemeinsame, kontinuierlich geführte Debatte gibt es meist nicht. Viele öffentliche Diskurse laufen am Parlament vorbei, scheinbar ohne einen bleibenden Effekt zu erzielen. Wenn dann doch mal über Frauen und deren Rechte gesprochen wird, bleiben oft effektive Lösungen aus.

Was bleibt ist Frauen im Europaparlament zu stärken und die stattfindenden Debatten sichtbarer zu gestalten. ◀

Die fantasierte Nation

Europa und seine Feinde

von Clemens Uhing

Die Europäer*innen haben gewählt. Vorerst nicht ausreichend rechts, um ein baldiges Ende der Europäischen Union anzudeuten, doch auch nicht so, dass die Gefahr für Europa gebannt wäre. In Deutschland war der Wahlkampf der großen Parteien (AfD ausgenommen) geprägt von pro-europäischen Stimmungen. Einigkeit bestand darin, dass die Europäische Union fortbestehen müsse. Als „größtes Friedensprojekt der Welt“ und als „Werteklub“ (Merkel). Philipp Amthor und Katarina Barley, in der Sache getrennt, im Europa-Hoodie geeint. Die große Politik scheint die „positive Energie“ von Pulse of Europe aufgesogen zu haben, um damit einen Wohlfühl-Wahlkampf zu betreiben.

Es deutet sich darin ein Nationalismus für eine Nation an, die erst noch werden soll. Die Europafahne, die unter Linksliberalen heutzutage zum guten Ton gehört, stößt kaum auf den Widerspruch des Antinationalismus. Schließlich sei Europa ein Friedensprojekt und erst noch zu gestalten. Die Fahne steht für viele für die Hoffnung nach einer paneuropäischen Utopie. Die bürgerlichen Pro-Europäer*innen sehen die Verfehlungen der Europäischen Union, sehen wie viele Menschen an den Grenzen der Festung Europa zu Grunde gehen. Für sie ist das allerdings das falsche Europa. Europa, so sagen sie, müsse nur seinen Werten gemäß handeln, die es doch im Kern zusammenhalten. Dabei gehen sie davon aus, das Schreiten an Europas Werten müsse auch ein Schreiten zum europäischen Nationalstaat sein. Die Geschichte zeigt zu ihm hin.

Europa ist allerdings schon mehr Nationalstaat als viele meinen. Die Nation, das ist klassischerweise ein Gebilde, das durch einen gemeinsamen Wertekanon, durch gemeinsame Kultur und Sitten zusammengehalten wird. In der modernen Nation stellt die liberale Kritik die Homogenität der Kultur und Sitten in Frage und sieht das einigende Band der Nation nur in ihren Werten. Der Versuch der Rechten, eine Leitkultur zu bestimmen und durchzusetzen, ist nur die Reaktion darauf, um den überkommenen Begriff der kulturhomogenen Nation zu retten. Die Liberalen hingegen haben alles, was sie für die Einheit ihrer fantasierten Nation brauchen. Einen diffusen Wertekanon, demgemäß das politische Gebilde nur noch angeglichen werden muss. Die Forderung nach einem gerechten und menschlichen Europa ist gleichzeitig die Forderung nach dem Bekenntnis zu einem „positiv besetzten“ europäischen Nationalismus.

> »Die Forderung nach einem gerechten und menschlichen Europa ist gleichzeitig die Forderung nach dem Bekenntnis zu einem “positiv besetzten” europäischen Nationalismus.«

Das durch den Wertekanon der Menschenfreundlichkeit geeinte Europa als Nation enthält einen inhärenten Widerspruch. Denn die Verletzung des eigenen Wertekanons, also die Abweichung von dem identitätsstiftenden Moment der europäischen Nation, ist notwendiges Resultat des europäischen Seins als Nation. Das Nationale ist die Abgrenzung. Im Werden der Nation vollzieht sich die Abgrenzung noch am Feind der nationalen Idee. Als Nation erfolgt die Abgrenzung am Außen. Die vermeintlichen Feinde der nationalen Idee sind schon einen Schritt weiter als ihre Verächter. Zumindest ohne es zu wissen. Sie vollziehen die Abgrenzung bereits nach Außen und sind so schon ganz recht in Stellung gebracht für den Moment der Geburt der vollendeten europäischen Nation.

Das spricht sich aus im Umgang mit Geflüchteten, die im Mittelmeer ertrinken oder von Vertreter*innen der Europäischen Union zurück an ihre Verfolger*innen gegegeben werden. An ihnen soll der europäische Nationalismus sich beweisen und zeigen, wie ernst er es mit den Menschenrechten, dem gemeinsamen nationalen Band meint. Das Ziel ist ein Gestus der Großherzigkeit, der Erhabenheit des eigenen menschlichen Anliegens. Die Nation muss sich durch das ihr Gemeinsame auszeichnen und abgrenzen. Ihr Gemeinsames muss sie als ihr Exklusives fordern. Sonst verfällt die nationale Identität in Beliebigkeit.

Der Geflüchtete darf keinen Anteil haben an diesen Werten. Er ist Exemplar für das Erbarmen der guten Nation Europa. So bleibt er Außen stehen und Feind der vollendeten Nation. ◄

House of Horror: der Schrecken hinter den Kulissen

Ein Bericht aus dem Schauspielhaus Bad Godesberg

von Milan Nellen

Das Theater Bonn bringt mit der Uraufführung von „House of Horrors-Theater.Frauen. Macht." einen kritischen Denkanstoß mit dem Fokus der Benachteiligung von Frauen im Theater auf die Bühne. Zusammen mit der Autorin Christine Lang hat der Bonner Regisseur Volker Lösch beschlossen, nicht nur generelle Kritik an dem Bild der Frau zu üben, sondern auch mal in den Spiegel zu schauen.

Der Vorhang öffnet sich und offenbart den Mittelpunkt des Theaterstücks: die berüchtigte Casting-Couch. Sie steht als einziges Requisit überdimensional groß in der Mitte der dunklen Bühne. Schnell findet auch das erste Casting statt. Eine Regisseurin dirigiert von der riesigen Couch einen Schauspieler und eine Schauspielerin. Während das Testosteron geladene Auftreten des Mannes die Regisseurin begeistert, wird an der weiblichen Bewerberin kein gutes Haar gelassen. Man kann ihre Verunsicherung fast fühlen und selbst als sie versucht, sich zu behaupten, wird der Fokus schnell auf den inzwischen oberkörperfreien, in seiner Rolle aufgehenden Mann gelenkt. Die Handlung geht weiter und das Publikum kann den Werdegang eines Theaterstückes begleiten. Auch in den Proben bleibt die Benachteiligung der Frauen nicht aus. Der jetzt männliche Regisseur braucht immer mehr Testosteron von seinen Schützlingen, besonders von den Frauen in Männerrollen. Einwände ihrerseits werden umgehend abgewiegelt oder schlichtweg ignoriert. Das Ensemble aus einem Mann und fünf Frauen ist gespalten, wie Realitätsnah eine Vergewaltigung wirklich sein muss, nachdem es der zu vergewaltigenden einfach zu viel wird. Der Streit eskaliert und man fühlt sich ein bisschen an das „Phantom der Oper" erinnert, als immer mehr mysteriöse Vorfälle im Schauspielhaus von Statten gehen. Plötzlich finden sich zwei der Schauspielerinnen in der Unterwelt der Kellerräume mit Figuren wie Jack the Ripper, Bertold Brecht und vielen toten Frauen der Theatergeschichte wieder. Im Horrorfilm-Stil werden die Geschichten von der geköpften Olympe de Gouges, den ganzen Geliebten Bertold Brechts, welche hinter seinen großen Stücken steckten oder Elsa von Freytag-Loringhoven auf die Leinwand gebracht, die nun anstelle der Bühne dem Geschehen Platz gibt. Gruseliger als der sehr überzeugende, weiblich besetzte Jack the Ripper waren hierbei die immer wieder eingeworfenen Zitate großer Schreiber über oder besser gegen Frauen.

Neben dieser turbulenten Handlung haben Volker Lösch und Christine Lang zusätzlich noch Raum für eine weitere Ebene der Erzählung geschaffen. Zu Beginn der Produktion starteten sie einen Aufruf an Frauen aus Bonn und der Umgebung, denen schon einmal sexueller Missbrauch oder Benachteiligung widerfahren ist. Viele Frauen meldeten sich und erzählten von ihren

Foto: Thilo Beu / Theater Bonn

Foto: Thilo Beu / Theater Bonn

Erlebnissen. Das Team hinter House of Horror entschloss sich, diesen Geschichten Raum zu geben, indem sie 6 Kleindarstellerinnen engagierten, die während des Stückes immer wieder von allen Ungerechtigkeiten und erschreckenden Erfahrungen von Frauen in Deutschland berichteten. Man konnte hierbei nie Aussagen zu einzelnen Personen zuordnen, da immer mindestens zwei Frauen gleichzeitig als Sprechchor sprachen. Die Erfahrungen reichten von kleineren Unannehmlichkeiten im Alltag über Benachteiligung im Job zu Kindesmissbrauch und Vergewaltigung. Immer wieder nahmen auch die Schauspieler an den Sprechchören teil und berichteten von Vorfällen aus der Theaterbranche. Die Kleindarstellerinnen waren sorgsam gewählt und hatten alle gemeinsam, dass auch sie etwas zu dem Thema des Stücks erlebt hatten. Als Person mit offensichtlichem Bezug und großer Souveränität nahm auch eine Person aus der Uni Bonn an dem Projekt teil: Laila Riedmiller, Vorsitzende des Frauen- und Geschlechtergerechtigkeitsreferats und ehemalige Chefredakteurin dieser Zeitung, stand mit den anderen fünf Frauen auf der Bühne.

Es ist wirklich bemerkenswert, wie es dem Autorenteam in den zweieinhalb Stunden geschafft hat, so viele Themen und Problemzonen anzusprechen. Ob Gender Pay Gap, männliches Verhalten von weiblichen Führungskräften, um ernst genommen zu werden oder Übergriffigkeit in Beziehungen, es gab kaum einen Aspekt des Verhältnisses von Mann und Frau im gewöhnlichen Alltag der westlichen Welt, das nicht angesprochen wurde. Und dabei war das Ganze nicht einfach nur ein frustrierter Vorwurf an die Männlichkeit, wie es die zwei männlichen Charaktere in einer Szene sehr trotzig darstellen wollten. Die Kritik ging an die Männer, an die Frauen, die beide die Benachteiligung immer noch unterstützen, das Publikum, das immer noch schwache Frauenrollen sehen will, wenn sie aus Klassikern stammen und natürlich auch an das Theater. Der Intendant wurde sogar namentlich genannt. Sehr interessant war hierzu auch die nachgespielte Diskussion des Ensembles auf der Casting-Couch, welche übrigens kein gutes Ende nahm. Auch diese Diskussion ließ wenig Kritik aus und bestand teilweise aus Gesprächsauszügen echter Ensembletreffen des Theater Bonns, wie die Dramaturgin Elisa Hempel in der angenehm offenen und ehrlichen Podiumsdiskussion nach der Vorstellung erzählte.

Gewitzte Zitate, Komik und eine ungewohnte, aber angenehme Mischung aus Schauspiel, Sprechchor und Film boten an diesem Theaterabend einen starken Kontrast zu der Bedrücktheit, von der man ergriffen wurde, wenn man den gewollt langen Aufzählungen von Ungerechtigkeit und Benachteiligung zuhörte. Die aus vielen Filmen bekannten Horrorelemente des Stücks wurden von der Drastik der Realität bei weitem übertroffen. Trotzdem war die Aussage kein pessimistisches Aussprechen existierender Probleme. Es gelang ein Abschluss mit einer positiven, zuversichtlichen Zukunftsvision auf das Theater und die Gleichberechtigung in den kommenden Jahren, die sich das Publikum neben all dem anderen gut platzierten Input zu Herzen nehmen konnte. ◄

Die Pflicht zu Widersprechen

Ein kritischer Blick auf vermeintliche Grenzen des öffentlichen Diskurses und ihre Wirkung

Gastbeitrag von Nils Peterson

In folgendem Text möchte ich mich mit einem Thema befassen, welches derzeit an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn stark diskutiert wird. Ich studiere selbst hier Geschichte und Philosophie im 4. Semester und hoffe, einen fruchtbaren Beitrag leisten zu können.

Es geht um die Frage des Umgangs mit Vorträgen extremistischer Akteure an unserer Universität. Zu diesem Thema war in der Ausgabe dieses Magazins vom 27.05.2019 ein Artikel des fw-Redakteurs Samuel F. Johanns abgedruckt. Der Artikel erschien im Zusammenhang mit den Vorfällen am 16.05.2019, als ein Vortrag Alexander Tschugguels, eines Vertreters des Aktionsbündnisses „Demo für Alle", von einer Gruppe Student*innen lautstark übertönt worden ist, sodass der Redner nicht verstanden wurde. Letztendlich wurde der Vortrag in ein studentisches Verbindungshaus verlegt, wo er ungestört stattfinden konnte. In seinem Artikel „Konfrontation mit dem Paradox der Toleranz" argumentiert Samuel F. Johanns für die Art des Protestes der besagten Student*innen. Die dabei vorgebrachte Argumentation erscheint mir allerdings nicht so schlüssig, wie sie zunächst scheinen mag, daher ich im Folgenden die vorgebrachten Argumente, Thesen und Schlussfolgerungen einer kritischen Überprüfung unterziehen möchte.

Demagogie steht nicht außerhalb des öffentlichen Diskurses

Grundlegend für die Argumentation des Verfassers ist eine Untersuchung bezüglich der Frage, welchen Anforderungen sich eine Aussage stellen muss, um als Argument im öffentlichen Diskurs gelten zu können. Im wesentlichen benennt Samuel Johanns zwei Unterscheidungsmerkmale: Den Fallibilismus, also die Möglichkeit, nach empirischen oder logischen Maßstäben widerlegt werden zu können, und eine bejahende Disposition des Argumentierenden gegenüber der offenen Gesellschaft und ihren Grundsätzen.

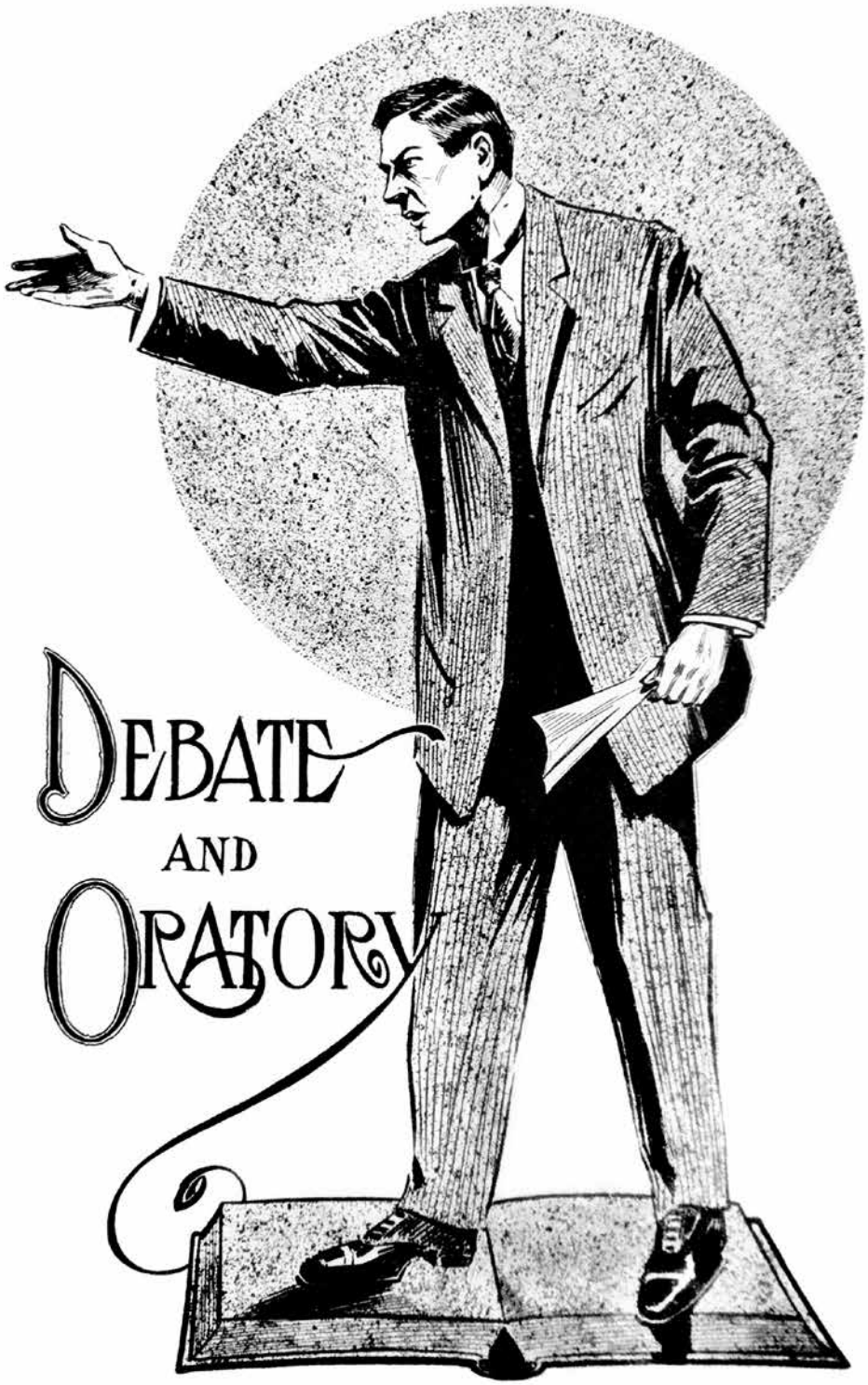
Johanns Bewertung Tschugguels fällt in beiden Punkten negativ aus.

Statt seine Position auf logisch und empirisch begründeten Thesen aufzubauen, ginge Tschugguel von ontologisch gegeben Tatsachen aus, welche gegen die fehlgeleitete Gesellschaft mit allen Mitteln durchzusetzen seien, auf dass der eigene Wunsch nach einer Rückkehr in vergangene, vordemokratische Zustände Erfüllung fände. Das Denken Tschugguels sei mithin „geprägt von mythischem Tabudenken und religiösem Dogmatismus."

Eben dieser Wunsch nach einer Rückkehr in, aus seiner Sicht, bessere Zustände sei laut Johanns eigentlicher Wunsch Tschugguels, der aus nichts anderem als einem tief verwurzeltem Hass auf die Moderne und offene Gesellschaft gespeist würde. Mithin diese mutmaßliche Motivation des Redners disqualifiziere alle seine Ausführungen und Thesen als nicht mehr dem Felde öffentlicher Meinungsäußerung zugehörig. Stattdessen sei es Ziel, diesen Hass zu verbreiten, indem die abgelehnten Freiheitsrechte der offenen Gesellschaft genutzt werden sollten, um die eigene Position, die nichts mehr als Hass sei, zu etablieren und die Freiheitsrechte anderer letztendlich einzuschränken.

> »Pseudowissenschaft will den Anschein von Wissenschaftlichkeit vermitteln, setzt aber alles daran, eine bestimmte Schlussfolgerung zu begründen, sodass widersprechende Erkenntnisse oder Argumente entweder angepasst oder vollkommen verschwiegen werden.«

Daher, so Johanns, hätte Tschugguel in seinem Vortrag, wäre dieser verständlich gewesen, nicht Argumente, sondern Rhetorik und pseudowissenschaftliche Ausführungen eingesetzt. Dieser Punkt ist aus meiner Sicht nicht ausreichend, um ihn als Redner im öffentlichen Diskurs zu disqualifizieren. Wenn Tschugguel Demagogie vorgeworfen wird, so wird davon ausgegangen, er wisse, dass seine eigentliche Position, die sich aus subjektivem Hass speist, ein akademisches Publikum schlecht überzeugen könne und daher der Eindruck vermittelt werden müsse, man habe es mit wissenschaftlichen und argumentativ stichhaltigen Thesen zu tun. Pseudowissenschaft will den Anschein von Wissenschaftlichkeit vermitteln, setzt aber alles daran, eine bestimmte Schlussfolgerung zu begründen, sodass widersprechende Erkenntnisse oder Argumente entweder angepasst oder vollkommen verschwiegen werden. Doch sind damit pseudowissenschaftliche Begründungen nicht solche, die empirisch und logisch widerlegbar, nach Maßstab des Fallibilismus Argumente sind? So mögen die Überzeugungen Tschugguels sich aufgrund ihres Positivismus einer vernünftigen Debatte entziehen, doch begibt er sich mit dem Versuch, sie durch einen öffentlichen Vortrag zu verbreiten, in eine solche Debatte; muss also mehr tun, als unbegründete Annahmen aufzuzählen. Man mag annehmen, dass er beabsichtigte, dies zu tun, nur können wir leider über diese Frage nur spekulieren. Zumindest Johanns folgt nicht einer solchen Interpretation, wenn er davon ausgeht, es wäre ein einfaches gewesen, Tschugguel argumentativ zu entkräften. Wenn man ihn aber argumentativ entkräften kann, so muss dies ja logisch oder empirisch geschehen. So ist zumindest die erste Anforderung zwar nicht für Tschugguel selbst, doch für seine Beiträge zum Diskurs erfüllt. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist es zumindest für mich schwer nachzuvollziehen, die Motivation einer Redner*in habe irgendwelchen Einfluss auf den Wert oder die Stichhaltigkeit der vorgebrachten Argumente. Nehmen wir empirische Nachweisbarkeit und logische Schlüssigkeit als Maßstab, messen wir Argumenten eine gewisse Objektivität zu, die auch in Zusammenhang mit dem Redner betrachtet vorhanden bleibt. Dementsprechend qualifiziert sich eine Redner*in von Tschugguels Manier durchaus als Akteur*in im öffentlichen Diskurs.



Kommentar

Warum wir Widerworte brauchen

Es stellt sich allerdings weiterhin die Frage, welchen Nutzen man darin sehen könnte, Tschugguel argumentativ zu entkräften, wenn er zwar Beiträge, doch letztlich abstoßende und inhaltlich unqualifizierte Beiträge leistet. Gerade der Punkt Johanns, man ermögliche eine Etablierung Tschugguels und Konsorten, ließe man ihn öffentlich sprechen, stellt ein ernstliches Problem dar. Ich möchte im Weiteren der Frage nachgehen, ob denn das Mittel des Niederschreiens nicht letztendlich begünstigende Auswirkung auf Tschugguels Vorgehensweise hat.

Wie Johanns selbst anmerkt, ist der Vortrag an sich nicht verhindert, sondern lediglich gestört worden, bis er aus dem Hauptgebäude der Universität verlegt werden musste. Tschugguel wurde ein anderer Ort zugewiesen, wo er seiner Demagogie ungehindert freien Lauf lassen konnte. Wie aber kann die offene Gesellschaft zulassen, dass sich ein ihr unzugänglicher Untergrund bildet, der sich unbehelligt gegen sie formieren kann?

Ziel einer offenen Konfrontation Tschugguels in Form argumentativer Zurechtweisung in HS VIII wäre nicht gewesen, diejenigen zu überzeugen, die ohnehin nicht zu überzeugen sind, sondern dasjenige Publikum zu erreichen, dessen politische Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist. Johanns benennt selbst als wichtigstes Ziel, „hinter die Fassade der Rhetorik zu blicken, um die tatsächliche Agenda einer Person zu demaskieren.“ Wie aber soll dieses Publikum die Fähigkeit des kritischen Hinterfragens erlernen, wenn ihm die Möglichkeit versagt ist, solches mitzuerleben? Diese Personen, die Tschugguel als potentielle Rekruten seiner Agenda betrachtet, haben am 16.05. nichts anderes erlebt, als einen Redner, der durch eine Masse an Student*innen am Reden gehindert und in seinen Freiheitsrechten eingeschränkt wurde. Ihnen kann Tschugguel glaubhaft vermitteln, er vertrete die Freiheitsrechte unserer Gesellschaft und nicht die Protestierenden. So kann er sich als Niedergebrüllter Symphatie erschleichen, die ihm als demaskiertem Demagogen nicht zukäme. Im Verbindungshaus, wo man ungestört war, gab es nur eine politische Richtung, die diesem Publikum mit dem Werkzeug der Demagogie, also Rhetorik und Pseudowissenschaft, vermittelt wurde.

So fällt es mir schwer zu glauben, es sei ein Akt der Verteidigung der offenen Gesellschaft, ihre Gegner aus dem öffentlichen Diskurs an unserer Universität auszuschließen. Universitäten sind ein Ort, junge Menschen zu mündigen Bürgern der freiheitlichen Republik, zu Teilhabern und Verteidigern der offenen Gesellschaft heranzubilden. Wie aber soll das funktionieren, wenn ihnen die „praktische“ Ausbildung verwehrt bleibt? Ob es uns gefällt oder nicht, Redner wie Tschugguel existieren und sie werden nicht schweigen, nur weil man ihnen einen Hörsaal verwehrt hat. Wer von solchen Rednern isoliert bleibt, wird nicht lernen, ihnen entgegenzutreten, weil er die Schwächen und demagogischen Ausformungen ihrer Argumentationen schlechthin nicht kennt.

> »Ob es uns gefällt oder nicht, Redner wie Tschugguel existieren und sie werden nicht schweigen, nur weil man ihnen einen Hörsaal verwehrt hat.«

Doch wünsche ich mir den mündigen Bürger, der die öffentliche Debatte bestimmt und sich berufen fühlt, aufzustehen und zu widersprechen, wenn ihm etwas widersinnig erscheint, im Bewusstsein seiner Verantwortung vor allen anderen, die im Meinungs- und Willensbildungsprozess begriffen sind. Die lautstarken Student*innen mögen wissen, warum sie den Redner ablehnen, doch kann man schwer in ihre Köpfe blicken. Nur wenn sie sich Argumenten bedienen, behalten sie die Meinungshoheit oder verlieren sie, wenn ihre Argumente schlechter sind. Es ist ein sehr gutes Zeichen, dass so viele Student*innen bereit gewesen sind, ihren Donnerstagabend mit der Zurückdrängung Alexander Tschugguels aus der politischen Meinungs- und Willensbildung zu verbringen, nur das gewählte Mittel erscheint mir aus benannten Gründen fragwürdig. Dieser Artikel soll auch ein Beispiel dafür sein, nicht einfach Positionen abzulehnen, sondern diese Ablehnung zum Teil des öffentlichen Diskurses zu machen, auf dass man selbst danach gerichtet werde, wobei dies allgemein gesagt sei und Samuel Johanns keineswegs mit Tschugguel gleichgesetzt werden soll. ◀

WOHNST DU NOCH ODER LEBST DU SCHON?

Wie Studierende in Bonn leben

Von Laura Meyer

Nach dem Abi heißt es oft raus von Zuhause: Junge Menschen verlassen ihr Elternhaus und die aufregende Zeit des Studiums beginnt. Die Studienwahl kann allerdings nicht die einzige komplizierte Entscheidung sein. Wenn der Wohnraum, wie auch in Bonn, knapp ist, stellt sich die Frage, wie und wo man wohnen kann und will. Diese Reihe befasst sich mit dem Thema studentischem Wohnen. Im ersten Teil schreibt Laura Meyer über das Projekt »Wohnen für Hilfe«.

Bezahlbarer Wohnraum gegen Hilfe und gute Gespräche

Nach dem Abi heißt es oft raus von Zuhause: Junge Menschen verlassen ihr Elternhaus und die aufregende Zeit des Studiums beginnt. Die Studienwahl kann allerdings nicht die einzige komplizierte Entscheidung sein. Wenn der Wohnraum, wie auch in Bonn, knapp ist, stellt sich die Frage, wie und wo man wohnen kann und will. Diese Reihe befasst sich mit dem Thema studentischem Wohnen. Im ersten Teil schreibt Laura Meyer über das Projekt »Wohnen für Hilfe«.

Einen Teil seiner Freizeit verbringt Thomas Kortsalis Zeit mit seiner Vermieterin. Er hilft der älteren Dame beim Einkaufen, sie gehen zusammen in eine Buchhandlung oder einfach nur einen Kaffee trinken. Im Gegenzug zahlt der 20-jährige nur die Nebenkosten in seiner kleinen Wohnung im Dachgeschoss des Hauses in einem Vorort Bonns.

Zeit gegen Wohnraum

Jeden Tag schaut der Politikstudent nach der 92-jährigen und tauscht sich mit ihr aus. Er schätzt vor allem den persönlichen Austausch über alte Zeiten. Seine Vermieterin erzählt, dass sie den Krieg miterlebt habe, womit wertvolle Erinnerungen an die neue Generation weitergegeben werden und somit nicht in Vergessenheit geraten. Manchmal sei das Zusammenleben in einem Generationenhaus, wie Thomas die Wohngemeinschaft nennt, schwierig, doch er profitiere davon. Ohne „Wohnen für Hilfe“ hätte er weniger mit älteren Menschen zu tun, ist sich der 20-Jährige sicher.

Leben und Lernen mit einer anderen Generation

Er kenne die Konflikte, die auch wegen verschiedener Denkweisen innerhalb der verschiedenen Generationen entstehen allerdings auch schon, da er bei seinen Großeltern aufgewachsen ist. Für seine Vermieterin ist der Student schon der zweite Mitbewohner, der bei ihr gegen Hilfe und eine kleine Nebenkostenbeteiligung wohnt. Mit ihm sei es auch sehr nett gewesen, weshalb sie sich entschieden habe, noch einen jungen Mann aufzunehmen. Thomas Kortsalis hat über einen Aushang bei der BAföG-Zentrale von dem Projekt „Wohnen für Hilfe“ erfahren und sich direkt beworben. Er musste einige Formulare ausfüllen und eine Beraterin habe ihn dann an seine jetzige Vermieterin vermittelt. Es gab ein Kennenlerngespräch und im Oktober, pünktlich zu seinem Studienbeginn, ist Thomas dann eingezogen. Für sein Zimmer mit Balkon, eigenem Bad und eigener Küche zahlt er einen Bruchteil dessen, was er auf dem freien Markt zahlen würde. Im Sommer möchten er und seine Vermieterin noch den Drachenfelsen besuchen und sich einige Ausstellungen ansehen, genug Möglichkeiten für Unternehmungen in der Region gibt es. Thomas Kortsalis bedauert aber, dass seiner Meinung nach das Projekt noch zu wenig beworben wird und man mehr Werbung schalten müsste. Ein solch tolles Projekt sollte noch mehr genutzt werden, sagt er.

»Wohnen für Hilfe« bringt Studierende, die bezahlbaren Wohnraum suchen mit Menschen zusammen, die Unterstützung im Alltag benötigen und über freie Wohnkapazitäten verfügen. Das können Senior*innen, Familien, Menschen mit Behinderung oder aber auch Alleinerziehende sein.
In Bonn wird das deutschlandweite Projekt vom AStA umgesetzt. Dieser stellt den Kontakt zwischen Wohnraumsuchendem und Vermieter*in her, steht beim Kennenlernen mit Rat und Tat zu Seite, ebenso wie beim Abschluss des Mietvertrags und der Wohnpartnerschaft generell.
Ziel ist es, eingeschriebenen Studierenden zu Wohnraum zu verhelfen, der individuell zu ihnen passt.

bonn board
powered by bonnkey.com

Hey ho,
wir sind es - dein Bonnkey-Team. Ab sofort kümmern wir uns darum, dass du hier die spannendsten Termine von bonnboard erhältst. Schau für alle Veranstaltungen auf bonnboard.de vorbei!

Mittwoch, 19. Juni 2019
Lesen & Lauschen
Eingestellt von: ESG Bonn
Zeit: ab 20:00 Uhr
Ort: ESG Bonn Saal
Kostenlos

Sonntag, 23. Juni 2019
Intro Workshop EA
Eingestellt von: Effektiver Altruismus Bonn
Zeit: 10:00 - 17:00 Uhr
Ort: Lehrgebäude Venusberg
10,00€ pro Person

Samstag, 29. Juni 2019
Die POLYPHONIKER: Ready to Reload!
Eingestellt von: Die Polyphoniker
Zeit: 19:30 Uhr (Einlass ab 19:00 Uhr)
Ort: Aula des Clara-Schumann-Gymnasiums
Kostenlos

Samstag, 29. Juni 2019
Sommerfest der Uni Bonn
Zeit: 13:00 - 22:00 Uhr
Ort: Campus Poppelsdorf
Kostenlos

Mittwoch, 3. Juli 2019
Workshop „SCHLAU“
Eingestellt von: ESG Bonn
Zeit: ab 20:00 Uhr
Ort: ESG Bonn Saal
Kostenlos

Warum folgen @bonnkeycom eigentlich 700+ Menschen auf Instagram?
Tja, wir haben die beste Inspiration für deinen Bonn-Lifestyle, du erfährst dort immer als erstes von neuen Blogposts, bist in den Stories hautnah bei unseren Aktionen dabei und kannst bei unserer Challenge jeden Monat ein Bubblewaffle-Date gewinnen. #justsaying

Bonnkey.com